

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1,90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postcheckkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. - **Verlag in Leipzig:**  
Tauscher Straße 19/21 - Telephon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10geleit. Kolonelspalt 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonelspalt 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10geleit. Kolonelspalt mit 50% Nachl., Reklamespalt 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelspalt 40 Pf., bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklamespalt 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Vorträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Lügen und Selbsttäuschung der Nationalsozialisten

# Otto Strasser entlarvt

### Bekennnis einer „schönen“ Seele

Dabei erscheint es uns ebenso ein Erfordernis logischen Denkens, wie inneren Anstandes zu erklären, daß jedes Bekenntnis zum Sozialismus Lüge, im besten Falle Selbsttäuschung bleiben muß, das Hand in Hand geht mit der Forderung der „Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Privateigentums.“ Dr. Otto Strasser.

Im Reichstage wandelte Herr Stöhr demonstrativ mit der roten Nelke im Knopfloch umher. Stöhr gehört derzeit noch zur offiziellen Richtung der Nazi-Partei. Da er, wie Adolf der Große, vom Gelde der Großkapitalisten lebt, so offenbart er seinen „Sozialismus“ mit der roten Nelke. Währendes wird der Bruderkampf mit allen Mitteln fortgeführt. Buchruder gegen Hitler. Otto gegen Gregor. Dieser hat dem Otto seinen Zeitungskonzern übereignet. Jetzt streiten sich beide - gleiche Brüder, gleiche Rappen - mit echt „jüdischer Geschäftigkeit“ um das Privateigentum am Kampferlag. Ob der Zeitungskrieg zwischen Gregor und Otto ernst zu werden ist, wird die Zukunft erweisen. Gregor bleibt zunächst bei der „ministeriellen NSDAP“, wie sie Otto bezeichnet, um abzuwarten, wo am Ende des Kampfes die größeren Bataillone stehen werden.

Zweifelslos wurde Gregor von Hitler gekauft. Dieser verfügt zur Zeit neben den stärksten Bataillonen über das größte Bankkonto. Die „notleidenden“ Millionäre lassen sich diese Wache zum Schutze ihres noch nicht verschobenen Eigenes eine große Stange kosten. So wartet denn Gregor gelassen ab. Noch winkt ja der hochdotierte Ministerfessel in der Hand. Hoffnung läßt nicht zuschanden werden.

In der Dienstagnummer des „Nationalen Sozialisten“ hat Otto Strasser freimütig mit, daß er im Mai eine Kon-

„Die Deutsche Revolution erklärt daher das Obereigentum an Grund und Boden und Bodenschätzen.“

So ähnlich steht es auch in Adolfs Erstprogramm. Das aber ist die große Verlogenheit, durch die die Massen der Arbeiter gefördert werden sollen. Um die Geldgeber zu befriedigen und um ministeriell zu werden, hat Adolf diesen Grundsatz eigenhändig interpretiert, so daß die Methode der Bauernfängerlei jedermann offenbar geworden ist. Gegen diese Selbstentlarvung wendet sich die „revolutionäre“ Gruppe. Darum die „Sozialistenverfolgungen“ in den eigenen Reihen. Dr. Goebels, der Semi-Mephisto, ist ob der vielen Kauschmeißerei toterbenstrank geworden. Er hat sich vom Reichstag vier Wochen Krankenurlaub geben lassen. In seinem „Angriff“ schrieb er dennoch einen wüsten Aufsatz gegen die „Kritikler“, und zwar nicht nur gegen die „Kritikler“ in der Strasser-Gruppe, sondern gegen die Kritik in den eigenen Reihen. Nicht für jeden Kritikler reicht der Geldschrank in München aus, um ihn entsprechend umzustimmen.

Otto interpretiert seine 14 Thesen durch einen besonderen Begleitartikl, aus dem das Zitat an der Spitze dieser Zeilen entnommen ist. Jedes Bekenntnis zum Sozialismus ist „Lüge... das Hand in Hand geht mit der For-

derung der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Privateigentums“. So äußert sich ein Nazi über das eigene Parteiprogramm, das er vor wenigen Tagen noch verfochten hat. Lüge und Selbsttäuschung der Arbeitermassen. So enthüllt Otto Strasser die Propaganda der Nationalsozialisten vor den Arbeitermassen. Das Programm ist den Hitlerianern nur Mittel zum Zweck, wie bereits vor Wochen ein Kundiger vor einem „Kritikler“ bekannte. Der „Sozialismus“ der Strasser und Co. ist nur das Mittel zum Bauernfang. Jetzt hat das einer der Wissenden vor aller Öffentlichkeit enthüllt. Würden die Großkapitalisten Millionen zahlen, damit ihnen der goldene Boden entzogen werde, der so treffliche Früchte trägt? Damit lassen sich bestenfalls unwissende Arbeiter fangen. Der Unternehmer weiß leider nur allzu gut, was er will.

„Der Sozialismus der dummen Kerls“, so hat Viktor Adler vor Jahrzehnten bereits diese Art Sozialismus von Gnaden des Kapitalismus genannt. Die Bestätigung durch Otto Strasser ist wahrlich keine Neuigkeit, aber es ist die Bestätigung durch einen Nazi in aller Öffentlichkeit, die Bestätigung durch einen Kenner, der den Boden aus ureigenster Anschauung auf das beste kennt.

## Die Kopfsteuer im Anzuge

Beschränkte Zuschußpflicht an die Arbeitslosenversicherung

### Brünnings Anschluß nach rechts

Amlich wird mitgeteilt:

„In der am Dienstagabend unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgefundenen Besprechung mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien wurde das Deckungsprogramm des Kabinetts eingehend erörtert, wobei die Parteien als Ergänzung dieses Programms Anregungen vortrugen. Ueber diese Anregungen wird das Reichskabinett heute Nachmittag seine Entscheidung treffen und alsdann die Fraktionen darüber zu einer endgültigen Stellungnahme auffordern.“

Dazu schreibt der Sozialdemokratische Pressedienst:

Die Besprechungen der hinter der Regierung stehenden Parteien dauerten von 20 Uhr bis kurz nach 24 Uhr. Sie führten nach unseren Informationen zu bestimmten Vereinbarungen, die eine endgültige Verständigung über das Deckungsprogramm der Regierungsparteien noch für spätestens morgen erwarten lassen. Schon aus dem in der amtlichen Verlautbarung gebrauchten Wort „Ergänzung“ ergibt sich, daß diese Vereinbarungen an dem grundsätzlichen Teil des Deckungsprogramms nichts ändern und die Volkspartei plötzlich bereit ist, sowohl das Notopfer als auch den Prozentsigen Zuschlag auf die Einkommensteuer zu schinden. Diese Umkehr der Deutschen Volkspartei erfolgt voraussichtlich gegen die Auflage einer Aufhebung der unbeschränkten Zuschußpflicht des Reiches zur Arbeitslosenversicherung durch Änderung des Paragraphen 183 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und durch die sofortige Einführung einer Kopfsteuer. Die übrigen hauptsächlich von der Volkspartei ausgehenden und von der Regierung gebilligten „Anregungen“ zur Ergänzung der Deckungsvorlage laufen nur auf geringfügige Änderungen des Deckungsprogramms hinaus.

Mit der voraussetzlichen Verständigung der hinter der Regierung stehenden Parteien wird das Kabinett Brüning eine große Sorge los. Aber diese Verständigung sichert ihr noch keineswegs eine Mehrheit. Das Bedürfnis, diese Mehrheit eventuell durch Besprechungen mit der Opposition sichern zu helfen, scheint bei der Regierung zunächst nicht zu bestehen. Man gibt sich dort neuerdings vielmehr der Hoffnung hin, daß die deutschnationale Fraktion zu einem großen Teil für die Vorlagen stimmen und durch die Abwesenheit eines Teils der Abgeordneten eine kleine Mehrheit für das Deckungsprogramm erreicht wird. Diese Hoffnung gründet sich nicht auf sachliche Argumente, sondern ausschließlich auf die Annahme, daß die Mehrheit der deutschnationalen Fraktion zu guter Letzt, wie schon so oft, aus Furcht vor der Auflösung des Parla-

ments umfallen und mitmachen wird, was sie kurz vorher noch „grundständig“ abgelehnt hat.

SPD Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Dienstag das Hilfs-Gesetz und den Gesetzentwurf über die Abkürzungs-Bank mit einigen Änderungen an.

### Volkskonjervative und Finanzprogramm

Die Volkskonjervative Vereinigung befaßt sich in einer längeren Erklärung unter der Überschrift „Einer wirklichen Finanzreform“ mit der Reform der öffentlichen Finanzen. Einleitend wird darauf hingewiesen, daß es sich bei den dem Reichstag vorliegenden Deckungsvorlagen nur um eine Zwischenlösung handle. Die Lösung der Reuaufteilung der Aufgaben und Lasten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sei Sache der Winterarbeit des Reichstages. Ein Eingriff der Gesetzgebung in bestehende Lohnabkommen und Tarifabreden der Wirtschaft lehnten die Volkskonjervative ab. Von dem gesunden Sinn des Volkes dürfe man aber erwarten, daß es die notwendige Anpassung der Lohnhöhe an das Preisniveau durchführe. Nach der Seite der Personalausgaben hin dürften sich die im öffentlichen Dienst stehenden jetzigen und ehemaligen Beamten und Angestellten der Ansicht nicht verschließen, daß in Notzeiten auch ihre Bezüge nicht ungeschmälert sein können, wenn nicht das Berufsbeamtenamt als solches in Gefahr geraten solle.

### Hanfabund gegen Dietrich

Der Reichsfinanzminister Dietrich hatte sich am Montag in seiner Rede in einer Reihe von Bemerkungen mit den Ausgaben-Entstehungsvorschlägen des Hanfabundes beschäftigt und zum Teil recht herbe Kritik an dessen Vorschlägen geübt. Der Hanfabund antwortete nunmehr unter der Überschrift „Behauptungen statt Beweise“ in einer längeren Erklärung, in der er feststellt, daß es nicht richtig sei, daß auch der Hanfabund nur Abstriche von 100 Millionen für möglich halte, soweit es sich um geichlich aber vertraglich nicht gebundene Positionen handle. Dieser Betrag beziffere sich vielmehr auf circa 180 Millionen Mark. Einen Gegenbeweis gegen die Sparvorschläge des Hanfabundes habe der Reichsfinanzminister nicht erbracht.

### Die Pension über alles

Moldenhauer verlangt 29 500 Mark

Berlin, 8. Juli.

Auf der Tagesordnung der nächsten Vollsitzung des Reichstags steht folgender Punkt: „Anrechnung einer längeren, als der gesetzlichen Ruhegehaltspflichtigen Dienstzeit für Reichsminister a. D. Dr. Moldenhauer.“

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichstag über einen Antrag Dr. Moldenhauers verhandeln wird, ihn nach dem alten Ministerpensionsgesetz zu pensionieren. Nach diesem Gesetz würde Moldenhauer in den Genuss einer höheren Pension kommen, als nach dem neuen, von ihm als Reichsfinanzminister gemachten Ministerpensionsgesetz. Das neue Gesetz sieht vor, daß die Minister, die zur Zeit seiner Verlinkung im Amte waren, auf eigenen Wunsch auch nach dem alten Gesetz pensioniert werden können. Die Pension Moldenhauers nach dem alten Gesetz würde etwa 29 500 Mark im Jahre betragen.

mit Adolf dem Großen hatte. Diese bot Otto den „autographierten Posten des Reichspresseschefs der NSDAP.“ an. So bemerkt Hitler seine Mitarbeiter und die Ueberzeugungstreue der Nationalsozialisten. Für klingendes Geld werden Gesinnungen gekauft. Otto versprach sich größere Geschäfte durch die Rebellion und Gregor verzichtete gegen die Tausendmäcker der Schwerindustrie, auf die seitens Pfünde seines Kampferlags. „Ab morgen veröffentlicht hier Otto Strasser seine grundlegende Aussprache mit Hitler über Wesen und Taktik des Nationalsozialismus.“ So kündigte das Strasserblatt am Dienstag im Kopfe der Zeitung markt-schreierisch an.

Otto Strasser veröffentlicht „14 Thesen der deutschen Revolution“, Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“ Damit charakterisiert der Otto den Gregor, oder auch umgekehrt, denn beide arbeiten im Solde des Großkapitals zum Schutze des geliebten Eigentums. Troy der 14 Thesen, von denen die 13. folgenden Wortlaut hat:

Die Deutsche Revolution verwirft daher das individuelle Wirtschaftssystem des Kapitalismus, dessen Sturz die Voraussetzung zum Gelingen der Deutschen Revolution ist. Sie bekämpft sich mit gleicher Entschiedenheit zum korporativen Wirtschaftssystem des Sozialismus, ausgehend davon und darin endend, daß der Sinn aller Wirtschaft einzig und allein die Deckung des Bedarfs für die Nation ist, nicht aber Reichtum und Gewinn.

Die Otto-Nazi bekennen sich also zur „Deutschen Revolution“, zum „korporativen Wirtschaftssystem des Sozialismus“.

A-lesohallo